

SPD-Frühstart in einen unfairen Wahlkampf

Zur Ablehnung des Pflegeversicherungsgesetzes am 17. Dezember im Bundesrat erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die SPD hat sich als sozialpolitischer Totalausfall erwiesen. Die Verantwortung dafür trägt SPD-Chef Scharping, der den Pflegebedürftigen die sehnlich erwartete Hilfe verweigert. Mit ihrer Blockadepolitik in der Länderkammer läßt die SPD die Pflegebedürftigen und deren Angehörige im Stich. Wieder einmal stellt die SPD Parteiinteressen über die Interessen der Bürger. Diese Taktik ist von der Sache her nicht begründbar und kann nur als Frühstart in einen unfairen Wahlkampf auf dem Rücken der Schwächsten der Gesellschaft verstanden werden.

SPD-Einwände unseriös

Die Einwände der SPD gegen den Entwurf der Bundesregierung sind finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch unseriös; die Forderungen der Sozialdemokraten machen eine dauerhafte solide Finanzierung der Pflege unmöglich und würden überdies die Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft erheblich schwächen.

Die CDU wird weiterhin für eine solidarische Absicherung des Pflegerisikos im Rahmen einer sozialen Pflegeversicherung eintreten. Rund zwei Millionen pflegebedürftige Menschen und deren Angehörigen brauchen dringend Hilfe. Die SPD hat es zu verantworten, wenn sie weiter auf eine vernünftige finanzielle und soziale Absicherung warten müssen. ■

HEUTE AKTUELL

● Entscheidung '94

Bundeskanzler Helmut Kohl:
Wir werden auch im Wahljahr unsere Pflicht erfüllen. Seite 3

● Pflegeversicherung

Weiteres Vermittlungsverfahren
bei neuer Einigungschance. S. 4

● Welthandel

Wolfgang Schäuble: GATT-Einigung ist ein Erfolg für Deutschland. Seite 14

● Europa

Bernhard Sälzer: Die Europapolitik Helmut Kohls ist ohne Alternative. Seite 21

Anträge an den 5. Parteitag

Die Frist für Anträge an den 5. Parteitag endet am Montag, dem 17. Januar 1994, 24 Uhr. Näheres dazu Seite 11.

**Frohe Weihnachten
und ein glückliches
und erfolgreiches
Neues Jahr!**

Aktions-Signet für das Wahljahr

Sicher in die Zukunft

Um die Fragen der wirtschaftlichen Sicherheit, der Arbeitsplatzsicherheit, der sozialen Sicherheit, aber auch um die Fragen der inneren und äußeren Sicherheit wird es nach den Worten von Peter Hintze in den Wahlkämpfen des nächsten Jahres gehen.

Nach einer Sitzung des Parteipräsidiums unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl präsentierte der Generalsekretär auf einer Pressekonferenz am 13. Dezember im Konrad-Adenauer-Haus das Aktions-Signet der CDU für das Wahljahr.

Es zeigt die deutsche und die Europa-Flagge und macht damit deutlich, daß die CDU die Partei der Deutschen Einheit

und zugleich die deutsche Europa-Partei ist. Das Signet-Wort entspricht den zentralen Themen der Wahlauseinandersetzung im nächsten Jahr und lautet „Sicher in die Zukunft“.

Kennzeichen unserer Werbelinie der Wahlkämpfe 1994

Dieses Signet wird die Werbelinie der kommenden Wahlkämpfe markieren. Es wird deshalb auf unseren Plakaten auftauchen, auf unseren Broschüren und Anzeigen. Auch bei den Landtags- und Kommunalwahlkämpfen kann es eingesetzt werden, ergänzt um die Symbole der jeweiligen Länder und Kommunen.



Generalsekretär Peter Hintze: Das Wahljahr 1994 wird eine gewaltige Herausforderung für unsere Partei. Und wir wissen auch, daß für uns noch viel zu tun bleibt. Aber die nüchterne Analyse der Ausgangssituation zeigt zugleich, daß die CDU 1994 gute Chancen auf Erfolg hat – sie muß sie nur entschlossen nutzen!

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir werden auch im Wahljahr 1994 unsere Pflicht erfüllen

Sicherung von Beschäftigung und mehr Arbeitsplätze stehen nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl ganz oben auf der politischen Tagesordnung der Bundesregierung.

In einem Rückblick am Ende des Jahres zog der Kanzler auf einer Pressekonferenz am 16. Dezember in Bonn Bilanz und gab gleichzeitig einen Ausblick auf die Regierungsarbeit im kommenden Jahr.

Obwohl die Bundesrepublik im Verlaufe dieses Jahres die Wucht der weltweiten Rezession voll habe zu spüren bekommen, seien gegen Ende 1993 die Wirtschaftsdaten wieder ermutigend. Das reale Bruttoinlandsprodukt habe im zweiten und dritten Quartal leicht zugenommen, und die Deutsche Bundesbank äußere die Erwartung, „daß die Talsohle allem Anschein nach erreicht, wenn nicht schon durchschritten“ sei.

Zu den soliden Grundlagen der Arbeit im kommenden Jahr zählt der Kanzler im einzelnen

- das Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht Anfang November,
- das Standortsicherungsgesetz, das die Steuern auf Gewerbeerträge senkt und so zu arbeitsplatzschaffenden Investitionen ermutigt,
- das neue Arbeitszeitrechts-Gesetz, das Tarifparteien und Betriebspartner neue und flexible Arbeitszeiten sowie längere Maschinenlaufzeiten ermöglicht,
- das Investitionserleichterungs- und

Wohnbaulandgesetz, das Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzt,

- das Gentechnikgesetz, das ohne Abstriche beim Umweltschutz und bei der Sicherheit Zukunftschancen in einer Schlüsseltechnologie eröffnet, und schließlich

- die Bahnreform, die die Schiene wettbewerbsfähig macht und ein leistungsfähiges Gesamtverkehrssystem in Deutschland schafft.

Als besonderen Erfolg des letzten Jahres stellt der Kanzler die neue Regelung des Asylrechts zum 1. Juli heraus und nennt es eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Deutschland an einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik voll teilnehmen könne.

Helmut Kohl: Der Erfolg ist unverkennbar. Seit Juli ist die Zahl der Asylbewerber im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent zurückgegangen.

Neben der Sicherung bestehender und der Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze bleibe die wirtschaftlich-soziale Einheit Deutschlands die politische Hauptaufgabe im neuen Jahr, auch wenn 1993 bereits sehr viel erreicht worden ist.

Die Bundesregierung werde — so beschloß der Bundeskanzler seine einleitende Erklärung zur Pressekonferenz — auch im Wahljahr ihre Pflicht tun, und er hoffe, daß die Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Wahlentscheidung sehr genau unterscheiden werden, wer lediglich auf die Rezepte der Vergangenheit setzt und wer Antworten für die Zukunft unseres Landes gebe. ■

Weiteres Vermittlungsverfahren bei neuer Einigungschance

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zur Zustimmungsverweigerung des Bundesrates zum Pflegeversicherungsgesetz:

Die Bundesregierung nimmt mit großer Enttäuschung zur Kenntnis, daß der Bundesrat dem Pflegegesetz die Zustimmung verweigert hat. Damit blockiert die SPD-Mehrheit die dringend erforderliche Hilfe für fast 2 Millionen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.

● Nachdem über Inhalt und Umfang des eigentlichen Pflegegesetzes zwischen Koalition und SPD Übereinstimmung herrscht, ist eine Zustimmungsverweigerung mit der Begründung, das Entgeltfortzahlungsgesetz sei nicht akzeptabel, eine verfassungsrechtlich sehr fragwürdige Verhaltensweise.

● Die Koalition ist im Gesetzgebungsverfahren und im Vermittlungsausschuß der SPD weit entgegengekommen. Es ist unverantwortlich, daß die SPD die Pflegeversicherung dennoch stoppt. CDU/CSU und FDP haben mit dem Pflegegesetz und durch ihre Kompromißbereitschaft gezeigt, daß sie Anwalt der Pflegebedürftigen sind.

● Die Pflegeversicherung holt nicht nur Pflegebedürftige aus der Sozialhilfe, sondern entlastet dadurch zugleich die Kommunen um 8 Mrd. DM jährlich. Mit seiner heutigen Blockade verweigert der Bundesrat den in finanzielle Bedrängnis geratenen Gemeinden die gebotene finanzielle Entlastung.

● Die SPD-Länder verweigern den neuen Ländern die erforderliche Aufbauhilfe. Jahr für Jahr bis 2000 sollten 800 Mio. DM zur Verbesserung der Pflege-Infra-

struktur in Ostdeutschland ausgegeben werden — insgesamt 5,6 Mrd. DM.

In den letzten Tagen haben Seniorenverbände, caritative Organisationen, Kirchenvertreter, kommunale Spitzenverbände, Politiker aller Parteien vergeblich an die SPD appelliert, soziales Gewissen zu zeigen. Die Bundesregierung ist in ihren Bemühungen um die sozial Schwachen in unserem Land bestärkt worden.

Das Pflegegesetz ist ein sozialpolitischer Meilenstein. Er bedeutet konkrete Hilfe für die Pflegebedürftigen. Er stärkt die Fähigkeit der Familien, Angehörige zu Hause zu pflegen. Er honoriert die aufopferungsvolle Leistung derer, die sich

Die SPD muß aus ihrer parteitaktischen Blockadecke in Sachen Pflege endlich herauskommen.

tagein tagaus um Pflegebedürftige kümmern.

Mit dem Entgeltfortzahlungsgesetz sichern wir zugleich, daß die dringend erforderliche Pflegeversicherung nicht zu einer Zusatzbelastung für die Wirtschaft führt, die Arbeitsplätze gefährden und den Standort Deutschland beschädigen würde.

Die Bundesregierung wird alle Chancen nutzen, die Pflegeversicherung im Interesse der Pflegebedürftigen dennoch einzuführen. Die Bundesregierung will der SPD und den von ihr geführten Ländern den Weg zu einer Korrektur ihrer Auffassung nicht verbauen.

Die Bundesregierung wird deshalb ein weiteres Vermittlungsverfahren zum Pflegegesetz beantragen, wenn eine neue Einigungschance besteht.

Herr Scharping, das werden die Menschen Ihnen nicht vergessen

Zur Ablehnung des Pflegegesetzes durch die SPD im Bundesrat erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Herr Scharping, aus reinem Machtwillen haben Sie

- fast zwei Millionen Pflegebedürftige enttäuscht;
- 8 Milliarden Mark den Städten und Gemeinden vorenthalten;
- den Bundesrat in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise zum politischen Blockadeinstrument gemacht.

Das werden die Menschen Ihnen nicht vergessen!

Eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages macht auf diesem Hintergrund keinen Sinn. Nach dem Grundgesetz kann der Vermittlungsausschuß nur noch im Hinblick auf das Pflegegesetz angeru-

fen werden. Eine Lösung unterhalb einer Kompensation im Umfang von zwei Feiertagen kommt für die CDU/CSU-Fraktion nicht in Betracht.

SPD – das bedeutet ab heute Sozial-Politisches Debakel

Hermann-Josef Arentz, erster stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) zur Ablehnung der Pflegeversicherung durch die SPD:

Mit der Ablehnung der Pflegeversicherung hat sich die SPD heute im Bundesrat gegen die Interessen der pflegebedürftigen Menschen entschieden. Die SPD-geführten Länderregierungen sind offensichtlich nur noch Filialbetriebe der SPD-Parteizentrale. Sie haben die Interessen der Menschen den Parteiinteressen bedenkenlos untergeordnet. Die Parteibuchstaben SPD erhalten ab heute eine neue Bedeutung: Sozial-Politisches Debakel.

Bundesregierung will die Chancen zu einer Einigung weiter sondieren

Der Sprecher der Bundesregierung, Dieter Vogel, teilte am 20. Dezember mit:

- Die Bundesregierung hat einen Beschluß zur Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Pflegeversicherungsgesetz gefaßt.
- Die Stellungnahmen im Bundesrat und die verschiedenen öffentlichen Erklärungen am vergangenen Wochenende haben deutlich gemacht, daß auf allen Seiten der politische Wille besteht, der Pflegeversicherung

zum Durchbruch zu verhelfen. Die somit bestehenden Chancen einer Einigung sollten auch im Rahmen weiterer parlamentarischer Beratungen sondiert werden.

- Die Bundesregierung bekräftigt die von ihr und den Koalitionsparteien vertretene Auffassung, daß eine volle und dauerhafte Kompensation der Belastungen der Wirtschaft unverzichtbar ist. Dem dient das vom Bundestag beschlossene Entgeltfortzahlungsgesetz, das nicht geändert werden wird.

Argumentationshilfe zum Thema Pflegeversicherung

Die SPD behauptet, die Koalition mache Geschenke für die Wirtschaft, statt Hilfe für die Pflegebedürftigen zu leisten.

Richtig ist: Die geforderte Kompensation ist kein Geschenk an die Arbeitgeber, sie ist eine dringend notwendige Entlastung der Arbeitskosten, an der auch die Arbeitnehmer interessiert sein müssen, wenn sie ihre Arbeitsplätze nicht verlieren wollen. Würden die Kosten der Pflegeversicherung auf die Lohnzusatzkosten draufgesattelt und damit die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich belastet, wäre Arbeitsplatzabbau und damit mehr Arbeitslosigkeit unvermeidbar.

Die Koalition hat sich mit dem Verzicht auf Karenztage, mit der Bereitschaft, Feiertage zur Kompensation heranzuziehen, und mit dem Angebot, die Kompensation zeitlich zu staffeln, mehrmals kompromißbereit gezeigt und ist deutlich auf die SPD zugegangen. Es liegt jetzt an der SPD zu beweisen, wie ernst sie ihre öffentlichen Bekenntnisse zur Solidarität und finanzieller Solidität wirklich nimmt.

Die SPD behauptet, die Koalition würde den Feiertagslohn auf jeden Fall kürzen. Auch wenn die Pflegeversicherung nicht käme.

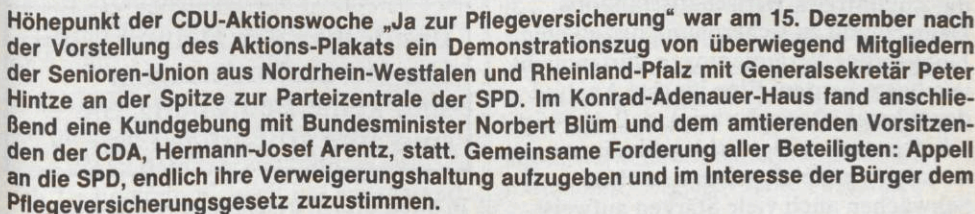
Richtig ist: In dem vom Bundestag angenommenen Ergebnis des Vermittlungsausschusses steht ausdrücklich, daß eine Absenkung des Feiertagsentgelts nur bei Inkrafttreten der Pflegeversicherung vorgesehen ist und überdies dort nicht gelten soll, wo die Bundesländer zur Kompensation der Unternehmensbelastung ab 1. April 1994 zunächst einen und ab 1. Juli 1996 einen zweiten Feiertag abschaffen.

Es steht den Ländern frei

Somit liegt es allein bei den Ländern, ob der Bund bei Inkrafttreten der Pflegeversicherung auf sein Instrument der Kompensation, nämlich die Absenkung der Entgeltfortzahlung an Feiertagen, zurückgreifen muß oder ob die Länder ihr Instrument, nämlich die Abschaffung von Feiertagen, hierzu nutzen.

Die SPD behauptet, die Koalition habe sich nicht bewegt, sie sei keinen Schritt auf die Position der SPD zugegangen.

Richtig ist: Im Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag wurde ein Kompromißvorschlag der Koalition zur Pflegeversicherung und zum Entgeltfortzahlungsgesetz beschlossen, der beim Pflegegesetz weitgehend den SPD-Vorstellungen entspricht. Insgesamt sind 2,335 Milliarden DM für diese Leistungsverbesserungen eingesetzt worden:



● Erhöhung von durchschnittlich 2 100 DM auf 2 500 DM, maximal 2 800 DM monatlich;

- Härteklause! für ca. 5 Prozent der Pflegebedürftigen: weitere 500 DM, maximal 3 300 DM monatlich.

● Erhöhung der Sachleistung in der Pflegestufe III von 2 100 DM auf 2 250 DM monatlich:

- Härteklausel für die Stufe III: weitere zwei Pflegeeinsätze pro Tag, maximal 3750 DM monatlich.

Für die neuen Bundesländer werden jährlich 800 Millionen für eine Dauer von sieben Jahren bereitgestellt, damit auch dort eine menschenwürdige Pflege aufgebaut werden kann.

Nicht nur klagen und verzagen

Der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich

Als die Unternehmensberatungen Artur D. Little (ADL) vor kurzem ausländische Manager fragten, ob sie in Deutschland investieren würden, antworteten drei Viertel der Befragten spontan mit „Ja“. ADL kommt zu dem Schluß: „Das Fremdbild der Deutschen ist besser als ihr Eigenbild.“

Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland muß zwischen sozialdemokratischer Schwarzmalerei einerseits und Selbstgefälligkeit andererseits verlaufen. Die von CDU und Bundesregierung angeregte Standortdebatte hat zum Ziel, die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu sichern und auszubauen. Notwendige Veränderungen dürfen nicht verzögert werden. Eine jüngste Analyse der Wirtschaftswoche zeigt, daß der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich neben manchen Schwächen auch viele Stärken aufweist. Sie eröffnen Perspektiven für eine gute Zukunft.

In der Analyse wurde erstmalig die Bedeutung der einzelnen Standortfaktoren empirisch für die Bereiche Low- und High-Tech-Industrie sowie Dienstleistungen ermittelt. Die führenden Unternehmensberatungen Artur D. Little, Roland Berger, Boston Consulting, Bouz-Allan, A. T. Kearney und McKinsey haben 16 Standortfaktoren bepunktet, die vier Wettbewerbsfelder erschließen.

Die Hauptwettbewerbsfelder in der Analyse sind: Arbeit und Management, Technik und Infrastruktur, Kapital und Steu-

ern, Staat und Umwelt. Die ausgewogene Beurteilung zeigt die durchaus trotz aller Krisenstimmung vorhandenen, beträchtlichen Stärken des Standortes Deutschland auf.

Im Bereich Dienstleistungen belegte Deutschland nach Japan und vor den USA Rang 2, in der High-Tech-Industrie nach Japan und den USA Rang 3. Auf dem Gebiet der Low-Tech-Industrie war Deutschland hinter Südkorea, Japan, den USA und Frankreich an fünfter Stelle.

Positiv für den Wirtschaftsstandort Deutschland und von großer Bedeutung

**Bundeskanzler Helmut Kohl:
Die Herausforderungen
sind keine Bedrohung. Sie
sind eine großartige Chance.**

in allen drei Wirtschaftsbereichen war der Standortfaktor qualifizierte Arbeitskräfte und hohe Bildung. Das deutsche Ausbildungssystem gilt als hervorragend auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten.

Die Produktivität ist in den letzten Jahren in Deutschland rascher gestiegen als in den USA und bei den westeuropäischen Nachbarn.

Die Verkehrsinfrastruktur wird als außerordentlich gut angesehen. Die Studie sieht in der von der Bundesregierung vorangetriebenen Privatisierung der Telekommunikation, die widerwillig von der SPD begleitet wird, ein besonders positi-

ves Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Schließlich gilt das gesellschaftliche Umfeld in Deutschland als sehr stabil. Deutschland hat nach Japan die zweitbeste Kennziffer für die Länderbonität.

„Deutschlands größtes Wettbewerbspotential liegt in der deutschen Gesellschaft selbst.“

Schwächen beseitigen

Die Bundesregierung nimmt die positiven Ergebnisse zum Anlaß, die in der Wettbewerbsanalyse aufgezeigten Schwächen des Wirtschaftsstandortes Deutschland, teilweise gegen heftigen Widerstand der SPD, zu beseitigen. Diese sind vor allem:

● **Die höchsten Arbeitskosten in der Welt.**

Die Bundesregierung appelliert an die Tarifvertragsparteien, Mäßigung in der Lohnpolitik zu zeigen, während die SPD weiterhin leugnet, daß die Lohnkosten in Deutschland in manchen Bereichen zu hoch sind.

● **Ein relativ niedriges technisches Wissen und Interesse an neuen Technologien.**

Die SPD ist dafür verantwortlich, daß sich Technikfeindlichkeit in Deutschland breit macht. Sie spricht auf ihrem Bundesparteitag in Wiesbaden einerseits begeistert von Zukunftstechnologien, verzögert und verhindert aber andererseits beispielsweise in den Bereichen Gentechnik, Hochgeschwindigkeitszug und Kernkraft die Entwicklung.

Eklatante Schwächen deckt die Studie bei den Spitzensteuersätzen und der Abgabenquote auf. Das belegt, wie wichtig der von der Bundesregierung mit dem Standortsicherungsgesetz und dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm beschrittene Weg der Steuer- und Abgabensenkung ist. Im Gegensatz dazu ist die SPD der Auffassung, daß zumindest die

sog. Besserverdienenden mehr Steuern zu zahlen hätten.

Die Studie belegt, daß die CDU die Zeichen der Zeit im Gegensatz zur Opposition erkannt hat. Während die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl damit begonnen hat, die Defizite des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu beseitigen, würden die in Politik umgesetzten Ideen der deutschen Sozialdemokratie diese Defizite vergrößern und den Wirtschaftsstandort Deutschland schädigen.

Deutschlands Zukunft als Wirtschaftsstandort liegt besonders in den Bereichen High-Tech und Dienstleistungen. Neue Produkte entstehen und zusätzliche Arbeitsplätze werden geschaffen. Die Nähe zu den osteuropäischen Zukunftsmärkten wird auch künftig internationale Unternehmen in Deutschland investieren lassen, vor allem im Vertrieb. Im Zuge der internationalen Arbeitsteilung werden in Osteuropa vor allem Produktionskapazitäten aufgebaut werden. Langfristig wird dadurch die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gestärkt: Wer in Osteuropa einfache Teile billiger produzieren kann, stärkt damit daheim und im internationalen Vergleich seine Position.

Eine großartige Chance

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland am 21. Oktober 1993 richtungweisend erklärt: „Jeder muß wissen, daß Prioritäten neu bestimmt werden müssen. Das heißt, wir müssen Gewohnheiten ändern und auch manche Ansprüche zurückstecken. Ich kann nicht entdecken, daß diese Herausforderung eine Bedrohung ist. Aus meiner Sicht ist sie vor allem eine großartige Chance, und zwar eine Chance für uns alle.“ ■

Konjunktur zeigt wieder nach oben

Wachstum für 1994 erwartet

Die Aufwärtsbewegung im Osten setzt sich fort, die Konjunktur im Westen belebt sich — so die aktuelle Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch das renommierte Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Sie deckt sich weitgehend mit der Beurteilung des Wirtschaftsministeriums und der Bundesbank.

In den neuen Bundesländern stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr deutlich an, und zwar um 6,5 Prozent. Damit war die Zunahme allerdings etwas schwächer als im vergangenen Jahr.

Für das kommende Jahr sagen die Kieler Wirtschaftsexperten eine Wachstumsrate von 7 Prozent voraus. Mit der konjunkturellen Erholung in den alten Ländern würden sich zudem die Absatzchancen ostdeutscher Produkte verbessern.

Nach der Kieler Analyse lassen viele Indikatoren eine konjunkturelle Erholung im Westen erwarten. Bei den Auftragseingängen aus dem Inland zeigt seit dem Frühjahr die Tendenz aufwärts. Die Bestellungen aus dem Ausland haben

sich seit der Jahreswende ebenfalls spürbar erholt.

Im Durchschnitt aller Industriestaaten dürfte sich das Wachstum von 0,5 Prozent in diesem auf 1,75 Prozent im nächsten Jahr beleben. In Westdeutschland sehen die Kieler Forscher das Bruttoinlandsprodukt 1993 um 2 Prozent sinken.

Aus der Talsohle heraus

Für 1994 wird mit einem Wachstum von einem Prozent gerechnet. In Gesamtdeutschland werde das Bruttoinlandsprodukt 1993 um 1,5 Prozent schrumpfen, um genau diese Marge steigt es 1994 wieder, heißt es weiter.

Auch nach Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums hat die deutsche Wirtschaft aus der Talsohle herausgefunden. Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal abermals um 0,5 Prozent. Nach einem starken Rückgang im Verlauf des vergangenen Jahres und Anfang 1993 war es vom ersten zum zweiten Quartal erstmals wieder leicht gestiegen.

Neue Anlage bei Eko Anlagenbau in Betrieb genommen

In der Eko Anlagenbau GmbH (Eisenhüttenstadt) ist eine Stahlsäge- und Bohranlage in Betrieb genommen worden. Ab 1994 werden nach Angaben des Unternehmens rund 4.400 Tonnen Stahl mechanisch bearbeitet werden. Mit der 1,2 Millionen DM teuren Investition werden Stahlträgerkonstruktionen für die Rauchgasentschwefelungsanlagen der Kraftwerke Jänschwalde und Boxberg vorgefertigt. Mit etwa 400 Mitarbeitern werde Eko 1993 etwa 42 Millionen DM umsetzen.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der Rückgang der Inflationsrate ist ein Erfolg unserer Sparpolitik

Der deutliche Rückgang der Inflationsrate im November auf 3,6 Prozent ist ein Erfolg der Stabilitätspolitik der Bundesbank und der Konsolidierungspolitik der Bundesregierung.

Diese positive Entwicklung stärkt das Vertrauen der Investoren im In- und Ausland in den Standort Deutschland und verbessert damit die Chancen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in unserem Land.

Erhaltung der Kaufkraft

Gerade die Bezieher niedrigerer Einkommen ziehen aus stabilen Preisen den größten Nutzen, weil sie besonders auf die Erhaltung ihrer Kaufkraft angewiesen sind. Hieran zeigt sich:

Die entschlossene Sparpolitik der Bundesregierung liegt auch im sozialen Interesse.

Ein wichtiges Signal

Die Bundesregierung wird deshalb diese Politik konsequent fortsetzen. Im kommenden Jahr werden rund 25 Mrd. DM im Bundeshaushalt eingespart. Damit verbessern wir die Voraussetzungen für weiter sinkende Preise und möglichst niedrige Zinsen. Wirtschaftsforscher und Sachverständigenrat erwarten für 1994 einen nochmaligen Rückgang der Preissteigerungsrate auf jahresdurchschnittlich 3 Prozent. Dies ist ein wichtiges Signal für die Wiederbelebung der Konjunktur in Deutschland.

Anträge an den 5. Parteitag

- Alle Anträge an den 5. Parteitag (20.—23. Februar 1994) müssen bis **Montag, 17. Januar 1994, 24.00 Uhr**, bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein. Später eingehende Anträge können — auch aus technischen Gründen — nicht mehr berücksichtigt werden.
- Antragsberechtigt sind gemäß § 6 GO die Vorstände der Kreis-, Bezirks- und Landesparteien, die Vorstände der Bundesvereinigungen und die Vorstände der Bundesfachausschüsse.
- Bitte senden Sie uns Ihre Anträge entweder

- ▶ als Diskette in den Formaten MS-DOS, RichTextFormat, WordPerfect, Word für Windows, Word für Macintosh, Multimate, WordStar, Windows-Write, Multiplan. Bitte vermerken Sie auf dem Disketten-Label den Absender und das Stichwort „Anträge 5. Parteitag“.
- ▶ oder als Fax über den Anschluß 02 28/54 43 71
- ▶ oder als Brief an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, z. H. Frau Qual, 53113 Bonn.

Dezember-Beschlüsse des Europäischen Agrarrats

Wichtige Meilensteine für die deutsche Landwirtschaft

● Die Grundflächen in den neuen Bundesländern sind zunächst um 330.000 Hektar aufgestockt worden.

Damit ist eine drohende zusätzliche Stilllegungsverpflichtung, die die neuen Bundesländer, insbesondere Mecklenburg-Vorpommern, hart getroffen hätte und die Betriebe in ihrer Existenz gefährdet hätte, vom Tisch. Bundeslandwirtschaftsminister Borchert konnte erreichen, daß die spezifische Situation Ostdeutschlands, die vom Übergang aus der Zwangswirtschaft in die Marktwirtschaft gekennzeichnet ist, in Brüssel verstanden wurde und eine Lösung erreicht werden konnte. Seine Beharrlichkeit in den letzten Monaten hat sich ausgezahlt.

● Die deutsche Quote für die Umsetzung des Ölsaaten-Übereinkommens mit den USA ist aufgestockt worden.

Zwar konnte Landwirtschaftsminister Borchert keine gemeinsame EG-Garantiefäche durchsetzen, doch die Aufstockung der nationalen Garantiefäche in Deutschland um 150.000 Hektar ist ein Ergebnis, mit dem die deutschen Landwirte leben können.

● Die Marge zulässiger Währungsabweichungen im agrarmonetären Bereich ist von vier Prozent auf fünf Prozent ausgedehnt worden.

Probleme beseitigt

Agrarmonetäre Konsequenzen sind erst dann zu ziehen, wenn die Ausweitung diese fünf Prozent übersteigt. Die Ausweitung der Freimarge für aufwertende

Währungen wird aller Voraussicht nach die deutschen Bauern für absehbare Zeit vor Preissenkungen durch Währungsschwankungen bewahren. Letztendlich wird aber erst die Einführung der einheitlichen europäischen Währung, die frühestens für 1997, spätestens für 1999 vorgesehen ist, währungsbedingte Probleme in der Landwirtschaft auf Dauer beseitigen.

Wichtige Verbesserungen wurden auch in puncto Flächenstilllegung erreicht:

● Erhöhung der Stilllegungsprämie um

Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert in Brüssel erfolgreich

160 DM/ha bei allen Flächenstilllegungsformen,

● Möglichkeit zur zusätzlichen freiwilligen Flächenstilllegung, die insgesamt auf 33 Prozent begrenzt werden kann,

● Erweiterung der Übertragungsmöglichkeiten bei der Flächenstilllegung,

● Möglichkeit zur dreijährigen Rotationsbrache zu einem um 5 Prozent erhöhten Stilllegungssatz.

Die Verbesserungen, die Bundeslandwirtschaftsminister Borchert in Brüssel durchsetzen konnte, sind wichtige Meilensteine für die deutsche Landwirtschaft. Sie bieten eine gute Basis für die Umsetzung der konsequenten Politik der CDU zur Neuorientierung in der Landwirtschaft. ■

Bahnreform erhielt grünes Licht

Zur Zustimmung des Bundesrates zum Gesetzespaket der Bahnreform erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg):

Mit der Zustimmung des Bundesrates zur Grundgesetzänderung ist ein Meilenstein zur Bahnreform gesetzt worden. Zweieinhalb Jahre beanspruchten Einsetzung und Arbeit der Regierungskommission, zwei Jahre die Umsetzung der Kommissionsempfehlungen in das Gesetzeswerk. In der Geschichte der Bundesrepublik dürfte die erste Bahnreform eine der großen Reformen sein, die eine Mehrung des Nutzens für die Bürger verspricht und dabei langfristig den finanziell überforderten Staat entlastet.

Mit dem heutigen Abschluß des Gesetzgebungsverfahrens sind nur die Voraussetzungen für die Reform der Bahn geschaffen. Jetzt beginnt in den Organen der DB AG die eigentliche Arbeit. Die Herausforderung ist riesig: die Umwandlung einer Mammutbehörde mit fast

400.000 Mitarbeitern in ein blühendes Wettbewerbsunternehmen. Zum Jahresanfang wird — wie von der EU beschlossen — auch der Wettbewerb auf der Schiene eingeläutet. Die DB AG muß schon Anfang des Jahres ein Unternehmenskonzept vorlegen, das ein Überleben in der Konkurrenz zu jungen und höchst professionell agierenden Schienenverkehrsunternehmen erlaubt. Vorstand und

Diese Reform nutzt dem Bürger und entlastet finanziell den Staat.

Aufsichtsrat tragen eine hohe Verantwortung, umwälzende Konzepte zu kreieren und erfolgreich umzusetzen. Auf den Aufsichtsrat kommen schwere Entscheidungen bei der Sanierung und dem Umbau der Bahn zu, um die DB AG wettbewerbsfähig zu machen. Auch der Bund in seiner neuen Rolle wird künftig bei unternehmerischen Risikoentscheidungen in die Verantwortung genommen.

Wohnungseigentumsgesetz bald novellieren

Nach einer Sitzung des Bundesfachausschusses „Städte- und Wohnungsbau“ am 16. Dezember erklärte dessen Vorsitzender, Werner Dörflinger:

Für eine baldige Novellierung des Wohnungseigentumsgesetzes hat sich der Bundesfachausschuß „Städte- und Wohnungsbau“ der CDU einstimmig ausgesprochen. Nach Ansicht des Ausschusses sind Korrekturen und Vereinfachungen nicht zuletzt deshalb von aktueller Dringlichkeit, weil in

den neuen Ländern, wo die Bildung von Wohnungseigentum erst am Anfang stehe, ein leichter handhabbares gesetzliches Instrument gebraucht werde.

Der Ausschuß erinnerte in diesem Zusammenhang an die im Jahre 1989 vom Bundesministerium der Justiz gegebene Zusage, in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die Novellierung des Wohnungseigentumsgesetzes vorzunehmen. Leider seien dieser Ankündigung keine Taten gefolgt.

Wolfgang Schäuble: GATT-Einigung ist ein Erfolg für Deutschland

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, erklärte zur Einigung bei den GATT-Verhandlungen:

Die Einigung bei den GATT-Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA ist ein historisches Ereignis. Daß sie überhaupt noch möglich wurde, ist nicht nur den unmittelbar beteiligten Unterhändlern zu verdanken. Ohne das beharrliche, zugleich aber behutsame und unnötige Schärpen vermeidende Drängen der Bundesregierung und insbesondere des Bundeskanzlers Helmut Kohl hätten sich Europäer und Amerikaner nicht aus der handelspolitischen Sackgasse befreien können. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß nicht Theatertonner, sondern entschiedenes und konsequentes Arbeiten für eine Einigung zum Erfolg führt. Dafür gebührt dem Bundeskanzler vor allen anderen besonderer Dank und Anerkennung.

Nutznieser des Abkommens sind nicht nur die Länder der Dritten Welt. Nutznießer wird auch die Bundesrepublik Deutschland sein, die als exportorientiertes Land mehr als viele andere Staaten ein existentielles Interesse an einem freien Welthandel hat. Wenn nüchterne Experten wie der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Professor Horst Siebert, von einem „herrlichen Weihnachtsgeschenk“ sprechen und für Deutschland ab der Jahrtausendwende einen Wohlstandsgewinn von ca. 50 Milliarden Mark jährlich prognostizieren, dann zeigt das Dimension des Erreichten. Angesichts dieses histori-

schen Erfolges kann manche kleinliche innenpolitische Diskussion, die wir zur Zeit führen, nur noch beschämen.

GATT-Einigung bringt Weltwirtschaft in Schwung

Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Kittelmann sieht in der Einigung über das GATT-Abkommen den Weg für die Überwindung der weltwirtschaftlichen Rezession:

Nach der schon vier Jahre andauernden Schwächephase wird die Weltkonjunktur jetzt wieder rasch an Fahrt gewinnen. Das Welthandelsvolumen wird sich drastisch ausweiten und Millionen neuer Arbeitsplätze werden neu geschaffen. Deutschland als großes Exportland wird von dieser Entwicklung besonders spürbar profitieren.

Dank und Anerkennung für den erreichten Durchbruch bei den GATT-Verhandlungen gilt besonders der Bundesregierung. Ohne das außerordentliche Engagement von Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich ganz persönlich bis zuletzt in die Verhandlungen eingeschaltet hat, wäre das Abkommen in der vorliegenden Form nicht zustande gekommen.

Dies gilt vor allem für den enormen Beitrag zur innergemeinschaftlichen Verständigung auf Zugeständnisse in der Handels- und Agrarpolitik gegenüber den französischen Partnern. Ebenso wichtig wie der wirtschaftliche Aufschwung und der Wohlstandsgewinn ist auch, daß die internationale Staatengemeinschaft ihre Glaubwürdigkeit, Vertrauenswürdigkeit

Die wichtigsten Inhalte der GATT-Vereinbarung

Zollsenkungen: Die Industriestaaten senken ihre Zölle um über ein Drittel. Erstmals erklären sich auch die Entwicklungsländer dazu bereit, ihre Zölle bei höchstens 35 bis 40 Prozent der Einfuhrwerte einzufrieren.

Dienstleistungen: Zum ersten Mal werden Dienstleistungen wie Finanzleistungen, Luftfahrt, Tourismus oder Arbeit multilateralen Regeln unterworfen. Allerdings gibt es in diesem Bereich noch weiteren Verhandlungsbedarf, um eine umfassende globale multilaterale Vereinbarung zu erzielen.

Geistiges Eigentum: Geistiges Eigentum soll in Zukunft umfassend geschützt werden.

Textilien: Der Bereich Textilien und Bekleidung wird innerhalb von zehn Jahren in das GATT-Abkommen eingearbeitet.

Handelsregeln: Regeln für Anti-Dumping bei Preisen, für Subventionen oder Zollschätzungen werden klarer gefaßt. Die Überwachung des Abkommens wird verbessert. Eine multilaterale Handelsorganisation soll über die Einhaltung des Abkommens wachen.

Landwirtschaft: Für die Landwirt-

schaft stellt die GATT-Einigung einen akzeptablen Kompromiß dar. Zentrale Elemente der europäischen Agrarpolitik wie Preisausgleichszahlungen und Stilllegungsprämien sind nun auch durch GATT abgesichert. Damit steht der Rahmen für die Agrarpolitik und den internationalen Agrarhandel bis zum Ende des Jahrzehnts fest. Die deutschen Bauern haben nun die nötige Planungssicherheit, die sie für ihre Betriebsführung und für ihre Investitionen benötigen.

Was bringt die Uruguay-Runde den Deutschen?

Deutschland wird vor allem durch den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen auf mittlere Sicht große Wohlfahrtsgewinne erzielen. Der GATT-Abschluß ist ein lang anhaltendes Konjunkturprogramm, das kein zusätzliches Geld kostet.

Von der zu erwartenden jährlichen Zunahme des Welthandels um 230 bis 270 Milliarden US-Dollar wird die deutsche Exportwirtschaft profitieren. Das Handelsvolumen steigt. Für die Konsumenten werden mittelfristig die Produkte billiger. Die Inflationsrate sinkt. Die Verbraucher haben also mehr Geld in der Tasche.

und Handlungsfähigkeit endlich wieder unter Beweis gestellt hat. Es hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß Wohlstand für alle nur durch eine weltweite Liberalisierung des Handels und die Verständigung auf gemeinsame Handlungsregelungen geschaffen werden kann.

Besonders im Handel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wird die Europäische Union zeigen können, wie sehr sie diese Lektion gelernt hat. Nur freier Handel und offene Märkte ermöglichen wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. ■

„Probleme mit der Wirklichkeit“

SPD macht PDS hoffähig

„Entschieden gegen rechts“ — so lautete eine Schlagzeile einer SPD-Zeitung zum Wiesbadener Bundesparteitag der Sozialdemokraten. Mit der Bekämpfung der linksradikalen PDS nimmt die SPD es dagegen nicht so genau.

Scharping zeigte sich nicht bereit, Bündnisse mit der PDS auszuschließen: „Nun kann man ja mal in Ruhe abwarten, wie die Oberbürgermeisterwahlen ausgehen. Ich sehe keine Notwendigkeiten, über solche Allianzen nachzudenken.“

Frage: Also Sie würden nicht sofort stigmatisierend nein sagen?

Scharping: „Ich sage ja, ich sehe keine Notwendigkeit.“ (Radio Brandenburg, 6. 12. 93) „Es wäre vollkommen unsinnig, wenn man jede punktuelle Zusammenarbeit verweigert“, erklärte SPD-Bundesgeschäftsführer Verheugen. (FAZ, 12. 12. 93) „Punktuelle Zusammenarbeit gibt es auch im Bundestag.“ (ebenda)

Punktuelle Dummheit

Diesen „Schmusekurs“ (Rheinische Post, 13. 12. 93) bezeichnete Die Welt als „punktuelle Dummheit“. (13. 12. 93) Auch innerhalb der SPD stieß diese Strategie auf Widerspruch: „Die SPD muß jetzt ihre Lehren aus der Geschichte ziehen und darf den Kommunisten im neuen Gewande nicht wieder auf den Leim gehen, wie es leider teilweise vor der Wende geschehen ist“, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler. Die SPD dürfe auch keinerlei „punktuelle Zusammenarbeit“ mit der PDS eingehen. (Neue Osnabrücker Zeitung,

13. 12. 93) Büchler weiß dabei, wovon er redet; immerhin war er zehn Jahre lang deutschlandpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Bereits Gespräche geführt

Gleichzeitig wurde bekannt, daß die SPD bereits „höherrangige Gespräche mit bekannten und intellektuell sehr anspruchsvollen Leuten in der PDS“ führt. Der SPD-Pressesprecher Harnisch erklärte weiter: „Das fing schon Frühjahr, Sommer 1990 an.“ (Deutschlandfunk, 10. 12. 93)

In guter Erinnerung seien die „Top-Spitzengespräche der SPD mit der SED-Führung und herzlichen Briefwechsel“ und das „gemeinsame Theoriepapier SED/SPD“. Harnisch erklärte, die Kontakte der SPD zu den Kommunisten hätten bereits „Tradition“. (ebenda)

Stolpe schützt PDS

Der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe, der nach einem Urteil des Berliner Kammergerichts als „Stasi-Spitzel“ bezeichnet werden darf (FAZ, 13. 12. 93), warnte denn auch eindringlich vor einer Ausgrenzung der PDS. (Neue Zeit, 14. 12. 93) Rückendeckung bekam er dafür von Verheugen, der die Spitzfindigkeit früherer Stasi-Mitarbeiter verharmloste: „Man mußte sich bis zu einem gewissen Grade einlassen, um etwas Positives zu erreichen.“ Verheugen weiter: „Deshalb zieht das Argument, jemand hat Stasi-Kontakte gehabt, hat dies und das gemacht, nicht mehr so stark.“ (FAZ, 12. 12. 93)

Spargesetze: Finanzpolitische Vernunft hat sich durchgesetzt

Zur Abstimmung im Bundesrat über das Vermittlungsergebnis bei den Spargesetzen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Peter Schmitz (Baesweiler):

Mit dem Einverständnis des Bundesrates zu den beiden Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsgesetzen (1. und 2. SKWPG) und zum Mißbrauchsbekämpfungsgesetz und Steuerbereinigungsgesetz (StMBG) hat endlich das ungesund lange Zerren um die notwendige sparsame Haushalts- und Finanzpolitik ein gutes Ende gefunden.

Trotz des destruktiven Widerstandes der Opposition im Bundestag und ihrer Helfer in den Ländern ist es gelungen, das klare Konzept der Koalition für gesunde Staatsfinanzen durchzusetzen. So kann eine positive Bilanz der Finanzpolitik im Jahre 1993 gezogen werden:

- Mit dem im Frühjahr beschlossenen Föderalen Konsolidierungsprogramm (FKP) wurde die gerechte Verteilung der finanziellen Erblasten des Sozialis-

mus auf die Gebietskörperschaften erreicht. Der Länderfinanzausgleich wurde zukunftsweisend reformiert. Außerdem ist nun das Existenzminimum der Steuerpflichtigen entsprechend den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts steuerfrei gestellt.

- Das Standortsicherungsgesetz (StandOG) hat die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze nachhaltig verbessert und die deutsche Unternehmensbesteuerung international konkurrenzfähiger gemacht.

- Durch das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm wurden für den Bund Einnahmeverbesserungen und Ausgabenminderungen in Höhe von insgesamt rund 21 Mrd. DM im nächsten Jahr erreicht. Damit ist eine solide Basis für die Erfüllung der schwierigen Aufgaben des Bundes geschaffen.

- Im Mißbrauchsbekämpfungsgesetz und Steuerbereinigungsgesetz werden ungerechtfertigte Steuervorteile abgebaut und zahlreiche steuerliche Vorschriften vereinfacht oder harmonisiert.

Riskanter Flirt mit PDS

Als „riskanten Flirt mit der PDS“ bezeichnete die Süddeutsche Zeitung das Verhalten der SPD. (SZ, 13. 12. 93) „Es ist auch nicht recht einzusehen, was sich Stolpe und Verheugen davon versprechen, wenn sie die PDS hoffähig zu machen versuchen. (...) Hier nun zeigt sich die Belastung der SPD durch die Stasi-Vergangenheit Manfred Stolpes. Solange Stolpe an der Spitze steht, kann

sie nicht nur die Aufnahme belasteter ehemaliger DDR-Bürger verweigern, sie muß sich auch darauf einlassen, die Vergangenheit zu verharmlosen.“ (ebenda) Inzwischen warnt bereits die Industrie vor Arbeitsplatzverlusten. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans-Peter Stihl, erklärte: „Wo die PDS mit ihren Kommunisten in den Rathäusern regiert, gibt es weniger Investitionen und damit weniger Arbeitsplätze.“ (Welt am Sonntag, 12. 12. 93) ■

Wulff begrüßt Entscheidung für Transrapid

Den Bau einer Transrapid-Strecke zwischen Berlin und Hamburg hat der Spitzenkandidat der CDU für das Amt des Ministerpräsidenten in Niedersachsen, Christian Wulff, begrüßt.

„Transrapid ist eine hochtechnologische Spitzenleistung der deutschen Wirtschaft. Es wäre ein fatales Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland, wenn wir nicht mehr in der Lage wären, die bei uns entwickelten Spitzenprodukte auch anzuwenden. Gerade durch die Anwendung werden Arbeitsplätze in Deutschland gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen“, erklärte Wulff.

Wie bei ihrer Zustimmung zur Expo setze die CDU nun mit Transrapid ein beeindruckendes Zeichen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wulff nannte die Kritik der SPD an dem

„enorm leistungsfähigen und umweltfreundlichen Verkehrsmittel Transrapid“ auch vor dem Hintergrund wachsender Arbeitslosigkeit in Deutschland unverstänlich und unverantwortlich.

Bezeichnend sei allerdings, daß die derzeitige rot-grüne Landesregierung Niedersachsens sich erneut nicht für ein Hochtechnologieprodukt eingesetzt habe, das maßgeblich in Niedersachsen entwickelt worden sei. Trotz der medienwirksamen Auftritte von Ministerpräsident Schröder bleibe diese Landesregierung nach wie vor strukturell technologiefeindlich.

Wulff begrüßte abschließend, daß durch die Entscheidung für den Bau der Transrapid-Strecke nun auch die Arbeitsplätze an der Versuchsstrecke im Emsland gesichert seien.

Die neuen Kreisverbände in Mecklenburg-Vorpommern

Nach dem Landesverband Brandenburg hat nun auch Mecklenburg-Vorpommern die Umstrukturierung der CDU-Kreisverbände abgeschlossen.

Das Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte wurde vom Schweriner Landtag am 22. Juni 1993 verabschiedet. Im Juli stellte dann der CDU-Landesvorstand unter Leitung seiner Vorsitzenden, Bundesministerin Angela Merkel, die Weichen zur Bildung der jetzt 17 neuen CDU-Kreisverbände — bisher gab es 32.

Eine Besonderheit stellte in dem Prozeß der Neugliederung der Bereich „Amt Neuhaus“ dar, der aus dem ehe-

maligen Kreisverband Hagenow von Mecklenburg-Vorpommern nach Niedersachsen überwechselte. So freute sich dann auch der Lüneburger Kreisgeschäftsführer Gert Pahlke über den unerwarteten Mitgliederzuwachs.

Außer der kreisfreien Stadt Wismar sind, abgesehen von kleinen Gebietsveränderungen, die jeweiligen Landkreise bzw. kreisfreien Städte identisch mit einem neuen Kreisverband. Die kreisfreie Stadt Wismar bildet hier zusammen mit den ehemaligen Kreisverbänden Gadebusch, Grevesmühlen, Teilen des bisherigen Kreisverbandes Sternberg und Schwerin-Land, den neuen Kreisverband Nordwestmecklenburg.

DIE FRAU IN UNSERER ZEIT

Zur Ausgabe 4/93 der Zeitschrift „Die Frau in unserer Zeit“, hrsg. von Hans-Joachim Veen (Konrad-Adenauer-Stiftung):

Mit unterschiedlichen Aspekten der Frauenpolitik und der Debatte um den Paragraphen 218 beschäftigt sich die im November erschienene Ausgabe 4/93 der Zeitschrift „Die Frau in unserer Zeit“.

Einen Rückblick auf die Frauenpolitik bis Anfang der 80er Jahre verbindet Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth mit aktuellen Betrachtungen über die Diskussion um den Verfassungsartikel zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen, um das Gleichberechtigungsgesetz und die Letztverantwortung

Bewegung in der Frauenpolitik?

tung von Frauen in Fragen der Schwangerschaft.

Mit dem neuen Gleichberechtigungsgesetz befaßt sich auch ein Beitrag von Susanne Rahrdt-Vahldieck. Sie betrachtet die neue Formulierung zwar als Kompromiß, letztlich aber als einen gelungenen. Mehr als ein Punkt-sieg für eine gleichberechtigte Gesellschaft sei das Mehrheitsvotum der gemeinsamen Verfassungskommission.

Christine Arlt-Palmer widmet ihren Artikel dem Gleichberechtigungsgesetz, dessen Entwurf seit 1991 vorliegt.

An Frauensolidarität und gemeinsames Handeln quer zu Fraktionsgrenzen appelliert ein „Zwischenruf“ von Ulrike Wöhning. Gabriele Krieser untersucht die Befindlichkeit von Frauen in den neuen Bundesländern. „Zwischen Resignation und Engagement“ heißt ihr Beitrag.

Paragraph 218 — Kontroverse ohne Ende, so lautet eine Analyse von Ursula Männle zum Thema Abtreibungsrecht. Uta Meier untersucht die Gestaltungsspielräume des Urteils von Karlsruhe und empfiehlt, diese offener zu nutzen.

Frauenanteil an ABM in den neuen Ländern stark gestiegen

Bei der Vermittlung in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist der Frauenanteil in den neuen Bundesländern seit Anfang 1993 stark angestiegen: von 45,6 Prozent im Januar auf 53,6 Prozent im Juni. Das geht aus einem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit über die Frauenbeteiligung an Arbeitsfördermaßnahmen in Ostdeutschland

hervor, den Bundesarbeitsminister Norbert Blüm am 8. Dezember im Bundeskabinett vorgelegt hat. Nach der 10. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG), die am 1. 1. 1993 in Kraft trat, sollen Frauen an den Maßnahmen der Arbeitsförderung entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen beteiligt werden.

Was es an Europa zu verbessern gilt, werden wir entschlossen umsetzen

Generalsekretär Peter Hintze zu den Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber in Brüssel:

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber scheint in Brüssel bei der Bewertung des europäischen Integrationsprozesses Übersicht und Maß verloren zu haben. Anders sind seine verbalen Kraftübungen kaum zu verstehen.

Seine Sorge um die CDU kann ich ihm rasch nehmen. Wir kennen die Fragen der Bürger sehr genau, wir werden ihnen aber mit sachlichen Argumenten begegnen und sie nicht durch dröhnende Reden verstärken.

Was es an Europa zu verbessern gilt, werden wir entschlossen umsetzen. Die Diskussion darüber darf aber nicht den Blick für die großen Chancen verstellen, die wir mit Europa haben.

Diese Chancen sind mit dem Namen Helmut Kohl verbunden, der wie kein anderer deutscher Politiker die europäische Integration zum Nutzen und zum Wohle Deutschlands so erfolgreich vorangebracht hat.

Von Franz Josef Strauß haben wir gelernt, daß man dem Zeitgeist widerstehen muß. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber irrt, wenn er glaubt, auf der Welle der Euro-Skepsis ließe sich trefflich surfen.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Weil nicht alles geleistet werden kann, hat der Bereich „Politische Bildung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung Schwerpunkte gesetzt. 1994 werden sich die Anstrengungen daher im wesentlichen folgenden Oberthemen zuordnen lassen:

- Innere Einheit Deutschlands
- Europäischer Einigungsprozeß
- Standort Deutschland
- Zukunft der Parteiendemokratie
- Internationale Zusammenarbeit

Konkretisierungen sind in vielfältiger Weise vorgesehen.

Ein Beispiel: Veranstaltung Nr. 28

Politisches System, Parteien und Machterwerb im Staat des Grundgesetzes

2. bis 4. Februar 1994

Veranstaltungsort:

Schloß Eichholz bei Bonn

Hauptthemen:

- Zusammenleben in der multikulturellen Gesellschaft
- Bildungs- und Umweltpolitik
- Richtlinienkompetenz des Kanzlers
- Modernisierung des Sozialstaats
- Das Bundesverfassungsgericht

Weitere Informationen und Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling**

Die Europapolitik Helmut Kohls ist ohne Alternativen

„Zur Europapolitik von Bundeskanzler Helmut Kohl gibt es im deutschen Interesse keine Alternativen“, hat der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer, zu den Attacken Edmund Stoibers auf Helmut Kohl erklärt.

Die Europäische Union ist die größte und einzige Chance Europas, neue Kriege zu verhindern. Wenn Frankreich und Deutschland von ehemaligen Erbfeinden heute zu verlässlichen Freunden geworden sind, ist dies das Verdienst der Europapolitik von Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß.

Nur auf Grundlage dieser Politik sei es möglich gewesen, daß die Kriegsgegner des letzten Weltkrieges aktiv die Voraussetzungen für die deutsche Einheit geschaffen haben. Die Entwicklung in Ex-Jugoslawien macht außerdem ganz deutlich, daß es ohne eine glaubwürdige europapolitische Abschreckung keine Chance gibt, Kriege an den Grenzen der Europäischen Union zu verhindern.

Eine wirksame europäische Sicherheitspolitik liegt vor allem im Interesse Deutschlands als eines Landes in der Mitte Europas mit den längsten Grenzen, sagte Sälzer weiter. Jede nationalstaatlich orientierte Politik birgt unausweichlich die Gefahr, wieder in den alten verhängnisvollen Sog der europäischen Geschichte zu geraten — ein Kampf einzelner Nationalstaaten um Vorherrschaft und im Gegenzug um Allianzen in Gegnerschaft. Die Krisenherde an den Grenzen der Europäischen Union zeigen, daß die bösen Geister der Vergangenheit jederzeit wieder lebendig werden können.

Sälzer erinnerte daran, daß die wirtschaftlichen Zukunftschancen heute weltweit neu verteilt werden. Bundeskanzler Helmut Kohl genießt höchstes Vertrauen und Wertschätzung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt. Er setze die deutschen Interessen nachhaltig und wirksam durch. Sein Erfolg ist nur möglich, sagte Sälzer, weil er das Gewicht Deutschlands im Rahmen der EU unbestritten miteinbringen kann.

Auch die derzeitige Beschäftigungskrise ist nur im europäischen Rahmen zu lösen. 5 Millionen Arbeitsplätze hängen von den deutschen Exporten in Partner-

Jede nationalstaatlich orientierte Politik bringt unausweichlich die Gefahr mit sich, wieder in den alten verhängnisvollen Sog des Kampfes einzelner Staaten um die Vorherrschaft zu geraten.

länder der Europäischen Union ab. Wohlstand und soziale Sicherheit gründen sich auf den Export. Das Zusammenspiel von deutscher Innenpolitik und der Europapolitik Helmut Kohls bezeichnete Sälzer als einzig gangbaren Weg, den Standort Deutschlands zu sichern.

Wer angesichts dieser Ausgangslage Deutschlands den Bundeskanzler und seine Europapolitik angreift, handelt gegen die deutschen Interessen und läuft Gefahr, einen nicht wieder gut zu machenden Schaden anzurichten, erklärte Sälzer. ■

Aktionsprogramm der EVP definiert klare Politik für die Zukunft

Der X. Kongreß der Europäischen Volkspartei (EVP/Christliche Demokraten), der vom 8. bis 10. Dezember in Brüssel stattgefunden hat, schloß seine Arbeiten mit der Verabschiedung eines Aktionsprogramms unter dem Thema „Europa 2000: Einheit in Vielfalt“ ab. Das Aktionsprogramm definiert die Grundzüge der christlich-demokratischen Politik für die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments.

Dazu erklärte der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Bernhard Sälzer (EVP/CDU): Die wichtigste Aufgabe der europäischen Einigung ist die Sicherung von Frieden und Freiheit auch in der Zukunft. Das neue Aktionsprogramm der EVP formuliert klare politische Positionen zu allen wichtigen Bereichen der europäischen Politik für die nächsten fünf Jahre. Kernpunkte des Programms sind die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung der Krise, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in einem sozialen Europa, die Innere Sicherheit, der Schutz der Umwelt und die institutionelle Fortentwicklung der Europäischen Union.

Die in Maastricht beschlossene Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) soll schnell umgesetzt werden und muß längerfristig zu einer wirklichen Gemeinschaftspolitik werden, bei der auch das Europäische Parlament entscheidende Mitwirkungs- und Kontrollrechte erhalten muß. Die Westeuropäische Union (WEU) soll zum integralen Bestandteil der Europäischen Union wer-

den und spätestens mit der Kündbarkeit des WEU-Vertrages (1998) vollständig in ihr aufgehen. Sie wird in enger Verknüpfung mit der NATO die Atlantische Allianz stärken und fortentwickeln.

Die Innere Sicherheit muß gestärkt werden. Kriminalität und Drogenhandel müssen durch engere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und über die Grenzen hinweg bekämpft werden. Die Kontrollen an den Außengrenzen sind zu verstärken. Eine europäische Polizei mit Exekutivbefugnis, EUROPOL, muß die

Die Institutionen der Europäischen Union müssen nach den Prinzipien der Subsidiarität, Effizienz und Demokratie weiterentwickelt werden. Dies ist eine Garantie für den Erhalt der nationalen und regionalen Unterschiede und gegen einen Einheits- oder Superstaat.

Aufgabe erhalten, gegen alle Formen der organisierten Kriminalität vorzugehen. Die EVP setzt sich für eine gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik ein. Eine Liste sicherer Herkunftsstaaten und Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten über die Verantwortlichkeit bei der Behandlung von Asylgesuchen sind wichtige Elemente dieser Politik.

Die Institutionen der Europäischen Union müssen nach den Prinzipien der Subsidiarität, Effizienz und Demokratie

Trauer um Bernhard Sälzer

Zum Tode von Bernhard Sälzer, MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik, erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Der plötzliche Tod von Bernhard Sälzer erfüllt uns alle mit großer Trauer. Wir sind sehr betroffen. Wir verlieren einen großen Mitstreiter für Europa und einen sympathischen Parteifreund, der nicht nur in der CDU hohes Ansehen genoß. Seiner Frau und seiner Familie gehören unser tiefes Mitgefühl.

Bernhard Sälzer, der schon bei der ersten Direktwahl des Europäischen

Parlamentes im Jahre 1979 einer der Vorkämpfer für das gemeinsame Haus Europa war, hat die europäische Idee immer mit Leidenschaft und unermüdlicher Energie vorangetrieben.

Als hessischer Landtagsabgeordneter von 1970 — 1976 war er einer der Bildungsexperten unserer Partei, der mit Inbrunst und Augenmaß für die Grundwerte christlich-demokratischer Bildungspolitik stritt.

Bernhard Sälzer war ein Freund, der persönliche Interessen hinter das Gesamtinteresse stellte. Die CDU dankt ihm für seinen Einsatz, seine Ideen und seine Menschlichkeit, die seine Persönlichkeit ausmachten. Er wird uns sehr fehlen.

weiterentwickelt werden. Dies ist eine Garantie für den Erhalt der nationalen und regionalen Unterschiede und gegen einen Einheits- oder Superstaat.

Dabei geht es vor allem um folgende Punkte:

- Der Ministerrat muß die legislative Macht mit dem Europäischen Parlament teilen und das Verfahren der Mitentscheidung verbessern. Der Rat soll, wenn er als Gesetzgeber tätig wird, öffentlich tagen.
- Die Zusammensetzung und Kompetenzen der Kommission müssen den Bedürfnissen der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit besser angepaßt werden, um vor allem einer künftigen Erweiterung Rechnung zu tragen.
- Es muß eine vom Rat unabhängige europäische Exekutive geschaffen werden und die gesetzgebende Gewalt vom

Europäischen Parlament gemeinsam mit dem Rat, der dadurch zur Staatenkammer wird, ausgeübt werden.

- Die Zustimmung des Parlaments muß auf alle gemeinschaftlichen Aktionen und Politiken sowie auf die Vertragsrevision ausgedehnt werden. Das Verfahren der Mitentscheidung muß vereinfacht und bei allen Gesetzen allgemeiner Bedeutung angewandt werden.

Stärkung der Institutionen

Auch nach dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten muß die Union handlungsfähig bleiben. Die Stärkung der Institutionen ist unerläßliche Bedingung für den Erfolg einer zukünftigen Erweiterung. Die für 1996 vorgesehene Vertragsrevision muß deshalb ab sofort vorbereitet werden, damit die Beitrittsverhandlungen mit den EFTA-Staaten in dieser Perspektive geführt werden. ■

Leo Tindemans würdigt Bernhard Sälzer

Der Unfalltod ihres stellvertretenden Vorsitzenden Bernhard Sälzer hat in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments tiefe Bestürzung und Trauer ausgelöst. Der 53jährige Politiker war am 18. Dezember auf der Fahrt zum Köln-Bonner Flughafen tödlich verunglückt. Er befand sich auf dem Weg nach Budapest, um im Auftrag der Fraktion an der Beisetzung des ungarischen Ministerpräsidenten József Antall teilzunehmen.

EVP-Fraktionsvorsitzender Leo Tindemans nannte den Tod Sälzers „einen sehr schweren, ja unersetzlichen Verlust für die Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament und in der Europäischen Union“. Tindemans sagte: „Bernhard Sälzer war unser guter Freund und politischer Weggefährte, der in den mehr als vierzehn Jahren seiner Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament das Profil christdemokratischer Europapolitik wesentlich mitgestaltet hat.

Er verfügte über reiche politische Erfahrung in der deutschen Politik, nicht zuletzt durch die Berufung zum Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU Deutschlands. Gerade in dieser Eigenschaft war er auch zum Weggefährten und engen Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Kohl geworden, dessen entschiedene proeuropäische, integrationsorientierte Politik er mit ganzer Kraft unterstützte. Bernhard Sälzer war ein deutscher Europäer von großem Format. Kleinkarierte Ressentiments, engstirnige Nationalismen waren ihm aus ganzem Herzen zuwider. Er predigte nicht Gleichmacherei, Zentralismus und Bürokratie, sondern regionale Vielfalt,



föderale Strukturen und Subsidiarität. Und gerade um das für die Zukunft zu sichern, drängte er so kraftvoll auf die Umsetzung des Vertrages von Maastricht in praktische Politik. Maastricht war für Bernhard Sälzer nicht etwa die Vollendung der europäischen Integration, sondern lediglich ein Zwischenschritt.

Bernhard Sälzer war ein unermüdlicher, tief überzeugter Anwalt eines mit allen demokratischen Rechten ausgestatteten Europäischen Parlaments, einer voll handlungsfähigen Europäischen Union, und dies nicht nur im europäischen Interesse, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des Zusammenlebens der Völker in Frieden. Bernhard Sälzer erfreute sich weit über sein Heimatland und über die Europäische Union hinaus auch international eines guten Ansehens und Rufes als kompetenter Politiker. Dafür war sein langjähriger Vorsitz der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Japan der beste Beweis.“ ■

Landesparteitag in Trier

Johannes Gerster ist neuer Landesvorsitzender und Spitzenkandidat

Die rheinland-pfälzische CDU befindet sich auf dem besten Wege, bei der Landtagswahl 1996 wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auf dem 44. Landesparteitag am 11. Dezember in Trier wurde Johannes Gerster mit der großen Mehrheit von 96,1 Prozent der Stimmen zum Landesvorsitzenden gewählt.

Der profilierte Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurde auch einstimmig zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1996 ernannt.

„Gerster will SPD wie Intercity überholen“, „Mit Gerster will CDU durchstarten“ (Rheinzeitung), „Gerster fordert zur totalen Umkehr auf“ (FAZ), „Neue Hoffnung“ (Mannheimer Morgen), „Neuanfang mit Gerster“ (taz) — nicht nur die Presse war sich in ihren Schlagzeilen einig, daß die Landespartei mit dem neuen Vorsitzenden vor einem gewaltigen Aufbruch steht. Auch das Wahlergebnis der Delegierten sprach eine deutliche Sprache. Gerster erhielt 395 von 411 Stimmen — ein glänzendes Ergebnis.

Die CDU gewinnt damit eine hervorragende Perspektive, die ideen- und lustlose Landesregierung von Scharping und dessen ebenso blassen Erben Beck 1996 abzulösen. Gerster wird dabei eng mit dem ab März 1994 amtierenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Christoph Böhr aus Trier zusammenarbeiten. Böhr sagte Gerster ebenso seine volle Unterstützung zu wie der scheidende Landesvorsitzende Werner Langen (Nummer eins der Partei bei der Europawahl) und Fraktionsvorsit-

zender Hans-Otto Wilhelm, der in den Bundestag wechseln wird.

Johannes Gerster rief die Partei auf, geschlossen zusammenzustehen und gemeinsam auf den Regierungswechsel hinzuarbeiten. „Die Zeichen der Zeit stehen auf Einigung und Geschlossenheit. Frische, freie, kontroverse Diskussionen um Sachthemen, auch Leidenschaft um den richtigen Weg: Ja und immer wieder Ja! Persönliche Animositäten und Gegenschaften in der Partei: Nein und dreimal Nein.“

Die Geschlossenheit im Innern der Partei sei ihm ebenso wichtig wie die Offenheit für neue Persönlichkeiten. Die Partei müsse in Rheinland-Pfalz geistige Orientierung und Führung geben und den Menschen dienen. „Wir dürfen uns im uneigennütigen Dienst für das Ganze von niemandem übertreffen lassen.“

Gerster kündigte an, die Partei umfassend zu erneuern und personell und pragmatisch erheblich zu verstärken. „Im fairen, wenn auch harten Wettbewerb werden wir die SPD auf den zweiten Platz verweisen.“

Der Landesparteitag verabschiedete einstimmig eine „Trierer Erklärung“ die unter dem Motto „Aufbruch jetzt!“ knapp und deutlich die Herausforderungen skizziert und inhaltliche Perspektiven für die nächsten Jahre aufzeigt. „Wir werben um Vertrauen und bitten alle Mitglieder, alle Freunde und Anhänger: Helfen Sie mit bei unserem Neuanfang! Für die Menschen in Rheinland-Pfalz, für unser Land Rheinland-Pfalz“, heißt es dort abschließend. ■

„Heimat im Osten, Vaterland Deutschland, Zukunft Europa!“

Bei der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) am 26. November in Bonn wurde der bisherige Bundesvorsitzende Helmut Sauer MdB (Salzgitter) mit großer Mehrheit für weitere zwei Jahre wiedergewählt.

Der alte und neue Vorsitzende Helmut Sauer betonte ebenso wie Generalsekretär Peter Hintze in seinem mit Beifall aufgenommenen Grußwort die Notwendigkeit der weiteren Arbeit der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU als „Gewissen der Union gegenüber den Heimatvertriebenen, Aussiedlern und den Deutschen außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“. Peter Hintze verwies auf die Bedeutung der Vereinigung als Dolmetsch der Union insgesamt für die Landsmannschaften und die Verbände der Vertriebenen.

In seinem Rechenschaftsbericht hat der wiedergewählte Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (Union der Vertriebenen und Flüchtlinge) in einem leidenschaftlichen Appell die Delegierten der Bundestagung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn aufgefordert, sich in allen Gliederungen der beiden Schwesterparteien stärker zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen, ohne damit das Engagement im Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften zu vernachlässigen. Da die SPD im Bund und in einzelnen Ländern sowie insbesondere in den Kom-

munen im Einsatz für die Vertriebenen völlig versage und Finanzmittel streiche sowie eingegangene Patenschaften vernachlässige und auflöse, sei noch mehr Engagement durch die CDU/CSU als einzige Interessenvertretung der Heimatvertriebenen notwendig. Die OMV werde gemeinsam mit der Vertriebenengruppe der CDU/CSU im Deutschen Bundestag mit der Bundesregierung eng zusammenarbeiten, auch um die Hilfen für die Landsleute in der Heimat außerhalb der

Die Delegierten waren sich in dem Bemühen einig, die erlangte Einheit auszubauen und ein Europa der Vaterländer zu schaffen.

Bundesrepublik Deutschland fortzusetzen.

Die Verbindungen in die Heimat in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sollten durch Patenschaften aufrechterhalten, gepflegt, fortentwickelt und zum Teil auch neu geknüpft werden. Der seit Jahrzehnten, oft im Verborgenen, unermüdlich praktizierte Hilfeinsatz einzelner bedürfe neben der Unterstützung durch den Bundesinnenminister auch einer starken öffentlichen Begleitung, nicht zuletzt durch die Medien.

Sauer rief insbesondere jene Journalisten zur ehrlichen „Wiedergutmachung“ auf, die jahrelang die Kommunisten in Ost-Berlin, Warschau und Prag „gehätschelt“ und die mahnenden Vertriebenenpoliti-

ker als „Ewiggestrige“ und „Friedensstörer“ beschimpft hätten.

Innenpolitisch sei eine gerechte Auszahlung der versprochenen 4.000-DM-Regelung an die Vertriebenen in Mitteldeutschland, eine verstärkte Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit und die Belebung der kommunalen Partnerschaften mit Ausbau zu Partnerschaften in den Heimatgemeinden gemeinsam mit den Vertriebenen anzustreben.

Lob für die Stiftungen

Als Fortschritt bezeichnete Sauer einzelne Entwicklungen in der Außenpolitik, so z. B. die Errichtung eines Generalkonsulates in Königsberg und Breslau mit Außenstelle Oppeln, zahlreiche Hilfen für Gemeinschaftsprojekte in den Vertreibungsgebieten, Schaffung kommunaler Einrichtungen z. B. in Rußland und die Förderung von Begegnungstreffen. Als ein gutes Zeichen wurde auch die Rede des Bundesaußenminister Kinkel am Tag der Heimat vor den Vertriebenen in Karlsruhe mit klaren Aussagen zu den Rechtspositionen und Eigentumsfragen gewertet, was man beim Amtsvorgänger Genscher vergeblich erhofft hatte.

Welche Bedeutung die Ostpolitik ganz allgemein parlamentarisch habe, werde dadurch deutlich, daß diese in der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bereits 162 mal zum Thema gemacht worden sei. Darüber hinaus sei 118 mal die Problematik der Aussiedler und seien 170 mal Anfragen und Stellungnahmen zu den Anliegen der Vertriebenen erörtert worden. Bei dieser Statistik der Bundestagsverwaltung seien jedoch auch die zahlreichen Attacken von SPD-Abgeordneten und insbesondere von den PDS-Kommunisten gegen die Vertriebenenorganisationen mit unverschämten und widerlichen Verdächtigungen und Unterstellungen erfaßt worden.

Lob zollte Helmut Sauer der äußerst aktiven Vertriebenenengruppe der CDU/CSU-Fraktion unter Leitung des CSU-Abgeordneten Hartmut Koschyk, dem CSU-Haushaltsexperten Kurt Rossmann, dem Bundesinnenministerium, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Karl-Arnold-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung.

Gerade die der CSU und der CDU nahestehenden Stiftungen hätten durch ihre Außenstellen z. B. in Polen zahlreiche Begegnungstreffen und Info-Reisen von Mitgliedern deutscher und polnischer Jugendverbände, von Journalisten und Seminare für Kommunalvertreter der deutschen Volksgruppe durchgeführt.

Als sehr gut wurde die Zusammenarbeit mit den deutschen Vertretern im polnischen Senat und im Sejm bezeichnet, während die Begegnungen mit Parlamentariern in Prag, Preßburg und Bukarest als verbesserungswürdig dargestellt wurden.

Die Bundesregierung wurde aufgefordert, den bereits praktizierten Grundstücksverkauf in Schlesien und im Sudetenland, die völkerrechtlich und nach Entschlüssen der Vereinten Nationen immer noch im Eigentum der Vertriebenen stünden, offiziell in Warschau und Prag zur Sprache zu bringen. Notfalls seien von dieser völkerrechtswidrigen Praxis finanzielle Hilfen abhängig zu machen.

Scharfe Kritik an Rau

Mit besonderer Schärfe geißelte Sauer eine erneute Fernseh-Verleumdungskampagne des MONITOR-Verantwortlichen Klaus Bednarz, das Finanzgebahren der SPD-Ministerpräsidenten Rau und Schröder gegenüber den Vertriebenenorganisationen, den Hinauswurf des Vertriebenenvertreters beim Norddeutschen Rundfunk aus der Jury des Landes Niedersachsen beim Kulturpreis Schlesien

auf Betreiben der „Grünen“ durch die SPD.

Einig waren sich die OMV-Delegierten in dem Bemühen, die erlangte Einheit auszubauen, das Europa der Vaterländer und eine Friedensordnung zu schaffen.

Helmut Kohl: Wichtige Rolle als Brücke zu den Völkern Osteuropas

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seinem Grußwort die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU ausdrücklich als Brücke zu den Völkern im östlichen Europa gewürdigt. Im Grußwort des Bundeskanzlers heißt es u. a.: „Die Europäische Einigung ist ein historischer Auftrag an uns alle. Dabei kommt der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung als Brücke zum Osten eine wichtige Rolle zu. Nach der Überwindung der Teilung Europas bietet sich uns die einmalige Chance, alle Völker und Nationen dieses kulturträchtigen Kontinents in unser gemeinsames Haus aufzunehmen und eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen.“

Wenn Sie mehr über die Politik der CDU erfahren wollen, dann gehen Sie in DATEX-J!

Die CDU erreichen Sie schnell und direkt im DATEX-J unter ★CDU #. Dort finden Sie aktuelle Nachrichten und vieles mehr. Es geht ganz leicht, einfach einwählen und mit der Eingabe ★CDU # sind Sie direkt beim Angebot der CDU.

Wahlen:

Herbert Hupka bleibt weiterhin Ehrenvorsitzender.

Die Bundesdelegiertentagung wählte in weiteren Wahlgängen

- zu stellvertretenden Vorsitzenden: Kurt Rossmanith, MdB (Bayern), Sybille Dreher (Sachsen-Anhalt), Rudolf Friedrich, MdL (Hessen), Rüdiger Goldmann, MdL (NRW) und Karlheinz Lau (Berlin),
- zum Schatzmeister: Hans-Erich Frhr. von Bodenhausen (Niedersachsen),
- zu Beisitzern: Dietrich Hoth (Hamburg), Wolfgang Ehlers, MdB (Mecklenburg-Vorpommern), Staatss. Walter Priesnitz (NRW), Sieghard Rost (Bayern), Hans-Georg Schastok (Sachsen), Horst Schulz, MdL (Thüringen), Erika Steinbach-Hermann, MdB (Hessen) und Karl Walter Ziegler (Baden-Württemberg),
- zum Hauptgeschäftsführer: Gerold Rummler.

Osten holt auf: Kaufkraft um ein Drittel gestiegen

Das Kaufkraftgefälle von West- nach Ostdeutschland hat in den vergangenen drei Jahren deutlich abgenommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine in Erfurt vorgestellte Studie des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas). So stieg die Kaufkraft der Ostdeutschen seit 1991 um knapp ein Drittel auf 16.937 DM in diesem Jahr. In Westdeutschland erhöhte sich die Kaufkraft von 24.418 DM auf 27.357 DM.

SPD-Vorschläge zur Inneren Sicherheit sind weder aktuell noch originell

Zum SPD-Antrag „Öffentliche Sicherheit und Schutz vor Kriminalität in Deutschland“ erklärten der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski und der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Geis:

Der SPD-Antrag enthält keine wesentlich neuen Ansatzpunkte zur Kriminalitätsbekämpfung. Er greift vielmehr weitgehend den unzureichenden Parteitagebschluß der SPD zur Inneren Sicherheit auf.

Wer Straffreiheit von Sitzblockaden fordert, als ob die Nötigung u. U. Tausender, die pünktlich zur Arbeit kommen wollen, gebilligt werden dürfe, wer Schwarzfahrer nicht mehr bestrafen will, als ob es rechtens sei, auf Kosten von Rentnern zu reisen, wer Strafbefreiung bei Besitz von Haschisch fordert, als ob nicht auch Haschisch für die Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen schädlich sei, der offenbart alles andere als Kompetenz in Fragen der Inneren Sicherheit.

Mangel an Kompetenz bestätigt auch der Zeitpunkt des SPD-Antrags. Denn die SPD-Vorschläge sind zeitlich weitgehend überholt. Die Koalitionsfraktionen beraten auf Initiative der CDU/CSU seit Anfang Oktober über ein Verbrechenbekämpfungsgesetz 1994. Dieses soll möglichst bereits im Januar im Deutschen Bundestag beraten werden.

Bei den Koalitionsberatungen zum Verbrechenbekämpfungsgesetz 1994 wurden von der SPD jetzt erneut ins Gespräch gebrachte Anregungen längst einer Prüfung unterzogen.

Sie führte dazu, daß Forderungen wie die Umgestaltung des Fahrverbots zur selbständigen Hauptstrafe wegen fehlender Kontrollmöglichkeiten als nicht geeignet verworfen wurden.

Andere Forderungen wie eine Erweiterung des § 86 a StGB, damit auch das Verwenden von Kennzeichen, die denen verfassungswidriger Organisationen zum Verwechseln ähnlich sind (Kühnen-Gruß als abgewandelter Hitlergruß), bestraft werden kann, oder die Weiterentwicklung des Täter-Opfer-Ausgleichs werden im Verbrechenbekämpfungsgesetz 1994 berücksichtigt.

Wer Forderungen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit in dieser Form erhebt, sollte sich zunächst vergewissern, ob er etwas Neues zu bieten hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist diejenige, die als erste die Gefahren des Kriminalitätszuwachses erkannt und auch angegangen hat. Unzureichenden Vorschlägen, wie dem nach SPD-Vorstellungen von unzähligen Voraussetzungen abhängigen Einsatz technischer Mittel in Wohnungen, sog. „Lauschangriff“, werden wir nicht folgen. Zum Kuhhandel nach dem Prinzip „änderst Du die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes (damit möglicherweise illegales Vermögen beschlagnahmt werden kann), dann bin ich zur Änderung von Art. 13 GG bereit (die den Einsatz technischer Mittel in Wohnungen ermöglicht)“ sind wir nicht bereit. Denn wir verfolgen sachlich fundierte Vorschläge. Wir wollen effektive Maßnahmen bei der Kriminalitätsbekämpfung. Daher wird die Koalition Anfang Januar das „Verbrechenbekämpfungsgesetz 94“ im Deutschen Bundestag einbringen. ■

Bausteine für eine familienfreundliche Gesellschaft

ist der Titel einer neuen Informationsschrift des Bundesministeriums für Familie und Senioren. Ziel dieser 32 Seiten umfassenden Broschüre ist es, das Thema Familie einmal ganz anders zu beleuchten. In zahlreichen Schriften informiert das Bundesministerium für Familie und Senioren über exakte Daten und Zahlen zur Familienpolitik. Themen wie Erziehungsgeld und Familienlastenausgleich, Kindergeld und Unterhaltsvorschuß werden dabei ausführlich behandelt.

Meinungsklima verbessern

Aus der Sicht von Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch sind gesetzliche Regelungen und finanzielle Unterstützung für die Familie aber nur **ein** wichtiger Aspekt. Familie braucht ihrer Ansicht nach stärkere Anerkennung in der Gesellschaft. Zentrales Anliegen der Ministerin ist es deshalb, auf das öffentliche Meinungsklima zum Thema Familie einzuwirken: „Ob Arbeitgeber und Gewerkschaften, Politiker, Wohlfahrtsverbände, Architekten, Wohnungsbaugesellschaften, Städte und Gemeinden, Medien, Kirchen — sie alle müssen beim Thema Familie in die Pflicht genommen werden. Dafür gilt es ein Bewußtsein zu schaffen,

gewissermaßen einen gemeinsamen Familiensinn.“

Die Broschüre „Bausteine für eine familienfreundliche Gesellschaft“ zeigt anhand von umfassenden Beispielen, in welchem Bereich Familienpolitik die Bedürfnisse der Familie innerhalb der Gesellschaft vertritt. Sie weist aber auch darauf hin, wo andere Institutionen gefordert sind.

Eine Familienpolitik, die etwas bewegen will, kann nur dann erfolgreich agieren, wenn das Handeln aller Akteure sich ergänzt und miteinander harmonisiert. Das Bundesministerium für Familie und Senioren konzipiert die gesetzlichen Rahmenbedingungen und stellt finanzielle Mittel für die Förderung wichtiger Projekte und Einrichtungen zur Verfügung.

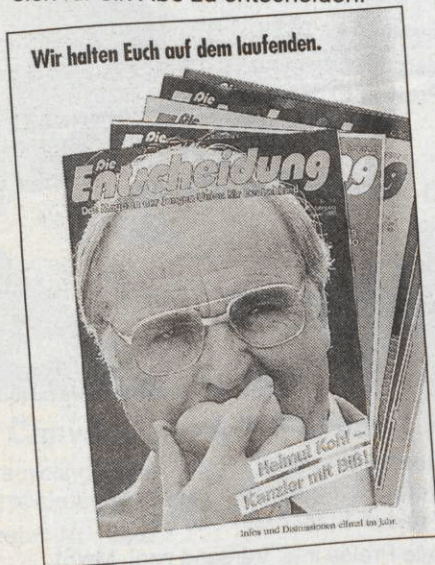
Die Broschüre „Bausteine für eine familienfreundliche Gesellschaft“ ist kostenlos beim Bundesministerium für Familie und Senioren, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn, zu beziehen. Sie ergänzt die Informationsschrift „Materialien zur Familienpolitik“, in der detailliert die staatlichen familienpolitischen Leistungen erläutert sind.

Bayer übergibt Rohbau für Betrieb in Bitterfeld

Die Bayer AG (Leverkusen) hat den Rohbau für ein neues Arzneimittelwerk in Bitterfeld übergeben. In dem für 220 Millionen DM erstellten Betrieb sollen von 1995 an jährlich rund drei Milliarden Tabletten produziert und in 14 Länder exportiert werden, teilte das Unternehmen mit. Der Chemiekonzern baue in Bitterfeld zwei weitere Betriebe zur Produktion von Lackharzen und zur Herstellung von Methylcellulose. Insgesamt investiere Bayer in Bitterfeld 650 Millionen DM. Rund 500 Arbeitsplätze sollen geschaffen werden.

„Entscheidungs-Leser“ wissen mehr!

DIE ENTSCHEIDUNG, das Magazin, herausgegeben vom Bundesverband der Jungen Union, informiert 11 x im Jahr zum Abo-Preis von 30 DM über die aktuelle Arbeit der JU. Entscheidungs-Leser wissen mehr. Keine andere Publikation informiert so umfassend und aktionsnah über die Arbeit der jungen Christdemokraten auf Bundes-, Landes- und Ortsebene. In diesem Jahr konnte die „Entscheidung“ auf 40 Jahre kritisch-konstruktive Arbeit zurückblicken. Ein Grund mehr, sich für ein Abo zu entscheiden.



Themenplanung für 1994:

Januar 1994: Niedersachsen; Februar 1994: JU-Positionen zur Grundsatzdiskussion; März 1994: Europa; April 1994: Medien; Mai 1994: Bundestagswahl/Europawahl; Juni/Juli 1994: Neue Bundesländer; August 1994: Bundestags-Wahlausgabe

Bei Rückfragen bitte mit der Redaktion, Tel. (02241) 274 47, Kontakt aufnehmen.

Neuer JU-Kugelschreiber 100 Prozent recycled!

Im Rahmen der Europaaktion der Jungen Union Deutschlands gibt es jetzt einen neuen Kugelschreiber mit der vierfarbigen Aufschrift „Wir sind das junge Europa“. Der Kugelschreiber ist aus 100prozentigem Recyclingmaterial hergestellt und zum Preis von 5,40 DM pro zehn Stück zu den JU-Geschäftsbedingungen in der JU-Bundesgeschäftsstelle erhältlich.

Adresse: Annabergerstraße 283, 53175 Bonn, Tel. (0228) 31 00 11.

Aktionen zum Jahreswechsel

Brot statt Böller

Das neue Jahr fröhlich und laut zu beginnen, ist liebgewonnene Tradition. Und doch sollte man sich die Frage stellen, ob man die „bösen Geister“, die man mit der teuren Silvesterknallerei vertreiben möchte, nicht auch auf andere Weise in die Flucht schlagen kann. Die CDU sollte nicht zögern, die vielen Initiativen zu unterstützen, die alljährlich darum bitten, Geld für die Ärmsten der Armen zu spenden, anstatt es im wahrsten Sinne des Wortes zu verpulvern. Ein entsprechender Aufruf mit Flugblättern und Plakaten oder Canvassing-Ständen in der Fußgängerzone findet sicherlich bei den Medien Gehör. Der ideale Zeitpunkt hierfür sind die Umtausch-Tage nach Weihnachten.

CDU-Katerfrühstück am Neujahrstag

Ein Frühstück mit Bismarckheringen, sauren Gurken und starkem Kaffee findet nach durchgeführter Neujahrsnacht viele Freunde. Selbstverständlich dürfen hier Veranstaltungszubehör und Werbemittel der CDU nicht fehlen. Für den einheitlichen Rahmen benötigen Sie die Papier-Tischdecke der CDU aus Altpapier sowie die CDU-Bierdeckel, die nicht nur für Biergläser geeignet sind. Zur Dekoration können Sie die bunten CDU-Luftballons verwenden.

● CDU-Rahmenflugblatt

Bestell-Nr.: 1885

Verpackungseinheit: 1.000 Expl.

Preis je 1.000 Expl.: 36,— DM

● CDU-Sonnenschirm

Bestell-Nr.: 0458

Verpackungseinheit: 1 Schirm

Preis je Schirm: 75 DM

● Sonnenschirm-Füllständer

Bestell-Nr.: 0459

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 12,80 DM

● Papier-Tischdecke

(50-m-Rolle)

Bestell-Nr.: 9059

Verpackungseinheit: 1 Rolle

Preis je Rolle: 25 DM

● Luftballons

Bestell-Nr.: 9304

Verpackungseinheit: 1.000 Expl.

Preis je 1.000 Expl.: 110 DM

Alle Preise inkl. Versand zzgl. MwSt.

Unser Umwelt-Tip: Der von uns angebotene Canvassing-Stand besteht aus recyceltem Getränkeverpackungsmaterial wie z. B. H-Milch-, H-Sahne- oder auch Orangensaftverpackungen. Diese Materialien werden zerkleinert und durch verschiedene Preßvorgänge zu Platten verarbeitet. Umgerechnet bedeutet das, daß unser Canvassing-Stand aus 1611 H-Milch-Verpackungen hergestellt wurde. Das entspricht dem Jahresverbrauch eines 4-Personen-Haushaltes über einen Zeitraum von vier Jahren.



● Canvassingstand

(Recyclingprodukt aus Getränke-
verpackungsmaterial)

Bestell-Nr.: 0451

Verpackungseinheit: 1 Stand

Preis je Stand: 182 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax 0 54 23/4 1521



● Bierdeckel

Bestell-Nr.: 9292

Verpackungseinheit: 600 Expl.

Preis je 600 Expl.: 21 DM

Bestellschein

für das Faltblatt

"Europa und Landwirtschaft"

--	--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

.....
CDU-Verband.....
Name, Vorname.....
Straße.....
Plz., Ort

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75

53113 Bonn

Telefax: 0228 / 544-341

Ja, ich bestelle kostenlos

.....Expl." **Europa und Landwirtschaft"**

.....
Datum, Unterschrift

CDU kämpft für Zukunft Deutscher Landwirte

Europa und Landwirtschaft. Dieses Faltblatt für die neuen Bundesländer informiert mit knappen Worten über die Leistungen und Forderungen der CDU zum Thema EG-Agrar-Politik. Denn gerade in den neuen Bundesländern bestehen durch die 40jährige sozialistische Planwirtschaft nach wie vor große Umstellungsprobleme.

Bei Bedarf können Sie dieses Faltblatt kostenlos mit dem o. a. Bestellschein bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle anfordern, jedoch nur, solange der Vorrat reicht.

Europa wächst zusammen



Dieses Werbemittel ist 12 Monate lang im Blickfeld. Der CDU-Europa-Kalender ist das ideale Werbemittel für das vor uns stehende Mega-Wahljahr 1994. Er besteht aus 13 Blättern im Format 39 x 30 cm. Bestell-Nr.: 9610 ★ Verpackungseinheit: 10 Expl. ★ Preis je 10 Expl.: 50 DM.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Sie haben sich bewährt. Grund genug für die Konrad-Adenauer-Stiftung, im kommenden Jahr die Reihe „Eichholzer Foren“ fortzusetzen:

- 16. 2.—18. 2. 1994 (VA Nr. 38)
Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland
- 9. 3.—10. 3. 1994 (VA Nr. 57)
„Wie man ein Kind lieben soll“ — Über den Umgang mit Kindern
- 26. 4.—28. 4. 1994 (VA Nr. 94)
Kriminalität bekämpfen — Innere Sicherheit stärken: Die Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols

- 26. 5.—27. 5. 1994 (VA Nr. 114)
Wege aus der Strukturkrise — Erneuerung und Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland
- 19. 6.—21. 6. 1994 (VA Nr. 141)
Ideen, Innovationen, Investitionen — Zukunftsmanagement und technologische Trends im Wettlauf um internationale Konkurrenzfähigkeit.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331, 50387 Wesseling**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

FÜREINANDER DASEIN!



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Als letzte Wandzeitung im Jahr 1993 hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle dieses weihnachtliche Motiv mit dem Motto „Füreinander dasein“ und dem Aktions-Signet für das Wahljahr „Sicher in die Zukunft“ an die Kreisverbände verschickt.

UiD

40/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.